

# Warum die Opposition so schwach ist

In 60 Jahren Parlamentarismus in Bremen stand die Vormachtstellung der SPD nie infrage / Von Lothar Probst

**Die Oppositionsparteien in Bremen sind derzeit in einem beklagenswerten Zustand. Von einer kraftvollen Opposition, die die Regierung das Fürchten lehrt, kann jedenfalls keine Rede sein. In der öffentlichen Klage über dieses demokratische Defizit wird allerdings häufig übersehen, dass Opposition in Bremen immer schon etwas anders buchstabiert wurde.**

**B**ereits die Anfänge des Bremer Parteiensystems nach dem Ende des Nationalsozialismus waren durch eine verhängnisvolle Spaltung des bürgerlichen Lagers gekennzeichnet. Nach dem Krieg formierten sich die liberale Bremer Demokratische Volkspartei (BDV, später FDP) und die CDU als bürgerliche Konkurrenzparteien. Das nutzte vor allem der SPD, die unter Wilhelm Kaisen die beiden Parteien entweder geschickt gegeneinander ausspielte oder aber in den 1950er-Jahren gleich beide in eine Art Allparteienkoalition einband – obwohl die SPD mehrfach eine absolute Mehrheit der Sitze in der Bürgerschaft hatte. Opposition war damit in dieser Zeit de facto stillgelegt. Nur die nationalkonservative Deutsche Partei, die 1955 ein Wahlergebnis von 16,6 Prozent erreichte, durfte ein bisschen Opposition von rechts spielen.

Die CDU merkte eher spät, dass ihr das Allparteienbündnis eher schadete als nutzte. Bei der Bürgerschaftswahl 1959 bekam sie 14,8 Prozent der Stimmen, die SPD dagegen 54,9 Prozent. Der Abstand betrug also sage und schreibe 40 Prozent – Ausdruck einer absoluten Asymmetrie des Parteiensystems. Obwohl die CDU die Konsequenzen zog, aus der Koalition austrat und sich in den Folgejahren deutlich steigern konnte, kämpfte sie weiter mit den strukturellen Faktoren, die Bremen zu einem schwierigen Pflaster für die Christdemokraten machen. Die klassischen Kernwählergruppen der CDU sind in Bremen nur schwach vertreten. Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist gering, Landwirte

sind unterrepräsentiert. Auch die Zahl der Selbstständigen war zunächst niedrig und nahm erst später deutlich zu. Als großstädtisches Wahlgebiet dominierten in Bremen die Beschäftigten aus den industriellen Sektoren, später kamen überproportional viele Angestellte und Beamte aus dem öffentlichen Dienst und verschiedenen Dienstleistungssektoren hinzu. Die SPD hatte es durch eine geschickte Klientelpolitik verstanden, diese Gruppen an sich zu binden.

Dass die Opposition in den 1960er-Jahren keine Chance hatte, die SPD als dominante Partei abzulösen, lag auch daran, dass die FDP bis Anfang der 1970er-Jahre eng mit der SPD in einer Koalition zusammenarbeitete. Koalitionspolitisch war das bürgerliche Lager also gespalten. Selbst in der Zeit der SPD-Alleinherrschaft zwischen 1971 und 1991 blieben FDP und CDU auf Distanz, ein Zustand, der bis heute das Verhältnis der beiden Parteien zueinander bestimmt. Die SPD musste also Opposition in Bremen bisher noch nie fürchten. Obwohl die Sozialdemokraten bei der Bürgerschaftswahl 1975 mit 48,8 Prozent ihr schlechtestes und die CDU mit 33,8 Prozent ihr bis dahin bestes Wahlergebnis in den 1970er-Jahren erreichten, blieb der Abstand mit 15 Prozent riesengroß, zumal die SPD die absolute Mehrheit der Sitze in der Bürgerschaft behaupten konnte.

## Schock in den Neunzigern

Erst der Niedergang der SPD Anfang der 1990er-Jahre, als die Sozialdemokraten unter Klaus Wedemeier bei der Bürgerschaftswahl 1991 mit 38,8 Prozent um 12 Prozentpunkte erdrutschartig einbrachen, eröffnete den Oppositionsparteien die Chance, an der Vormachtstellung der SPD zu kratzen. Die Oppositionsparteien waren aber untereinander nicht koalitionsfähig, sodass es zur Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen kam und die SPD ihre Führungsrolle behaupten konnte. Der Ausgang der Wahl 1995, in der SPD und CDU nahezu gleichauf lagen und beide die gleiche An-

zahl von Sitzen in der Bürgerschaft erhielten, war ein Schock für die SPD. Dass das Prinzip Opposition dennoch nicht richtig zum Tragen kam, gehört zu den Kuriositäten der Politik in Bremen. Henning Scherf, eigentlich Befürworter von Rot-Grün, wurde bekanntlich von seiner Partei in einer Mitgliederbefragung eine Koalition mit der CDU aufgezwungen. Er fand so viel Gefallen daran, dass dieses Bündnis zwischen 1995 und 2007 mit einer Dauer von zwölf Jahren zur längsten Großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik wurde. Von einer schlagkräftigen Opposition, die in dieser Zeit überwiegend nur aus den Grünen bestand und bei der Bürgerschaftswahl 1999 sogar auf 11 von 100 Mandaten geschrumpft war, konnte wieder nicht die Rede sein. Die Bürgerschaftswahl 2007 brachte zwar mit fünf Parteien und zwei weiteren Abgeordneten aus Bremerhaven mehr Leben in das Parlament, aber am Ende der Legislaturperiode stehen die Oppositionsparteien CDU, FDP und LINKE zerrupft und zerstritten da.

Mehr als 60 Jahre Parlamentarismus in Bremen zeichnen sich also dadurch aus, dass das Oppositionsprinzip zum Teil außer Kraft gesetzt oder aber so schwach ausgeprägt war, dass die Vormachtstellung der SPD nie infrage gestellt wurde. Der Opposition fehlte aufgrund der Zusammensetzung der Wählerschaft Bremens zum Teil der elektorale Rückhalt, zum Teil ließ sie sich von der SPD koalitionspolitisch einbinden. Hinzu kam, dass sie untereinander gespalten war. Jetzt ist sie auch noch intern heillos zerstritten und gibt nach außen das Bild einer handlungsunfähigen Opposition ab. Die SPD wird also aller Voraussicht nach bei der nächsten Bürgerschaftswahl nahtlos an ihre bisherige Führungsrolle anknüpfen können. Wenn die Opposition nicht richtig funktioniert, verlagern sich die Konflikte aber häufig in die Regierung. Bereits jetzt deutet sich im Vorfeld der Bürgerschaftswahl an, dass SPD und Grüne nicht nur Partner, sondern auch Konkurrenz-

ten sind. Es weht also wenigstens ein Hauch von koalitionsinterner „Opposition“ durch das Parlament.

Dennoch wäre es für die politische Auseinandersetzung schade, wenn es die „echte“ Opposition der Regierung weiter so einfach machen würde wie zuletzt. Eigentlich müsste gerade durch die politischen Kräfte, die vorgeben das bürgerliche Lager zu repräsentieren, ein Ruck gehen nach dem Motto: Nur wenn wir uns nicht noch weiter auseinanderdividieren, können wir der Regierung in Zukunft die Stirn bieten. Je mehr Parteien und Wählervereinigungen aus diesem Lager antreten, desto einfacher wird es für Rot-Grün werden.

## Opposition braucht Geschlossenheit

Statt parteiinternem Hickhack und Konkurrenzkandidaturen mehrerer Organisationen aus dem gleichen Lager sollten Geschlossenheit und Konzentration die Tugenden sein, mit der die Opposition sich in den nächsten Monaten in der Öffentlichkeit präsentiert. Sonst wird es auch in den nächsten vier Jahren in Bremen heißen: Parlamentarische Opposition findet de facto nicht statt. Solange die Gewaltenteilung funktioniert, der Staatsgerichtshof über die Landesverfassung wacht, die Medien die Arbeit des Senats kritisch begleiten und die Zivilgesellschaft mit den legalen Mitteln der außerparlamentarischen Opposition dem Senat auf die Finger klopft, wann immer es nötig ist, müssen wir uns aber um die Demokratie in Bremen keine Sorgen machen.



Zur Person

**Lothar Probst**, seit 1987 an der Universität Bremen, ist Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft der Universität und Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung.

en Wert der  
e Frage, wel-  
auf der Netze  
der Verbrau-  
t nicht zu be-  
e in der Ver-  
le des Rück-  
emen seinen  
Entscheidun-

den vergan-  
en hingegen  
lisierung ge-  
n lehnen ein-  
nd Gasnetze  
rschaftsfrak-  
tlichungswut  
laushaltslage  
it davon aus,  
einer „drasti-  
das Land ver-

AU

sche Bildung  
in den Weih-  
11. Dezember  
g, 4. Januar  
ieder zu den  
instag von 13  
g von 13 bis

hwimmkurse  
Südbad und  
ierte im Pres-  
situngen AG  
straße 43, und  
rband (alle  
erben.

t der Kassen-  
en ist auch an  
fenschen mit  
1 die Notfall-  
h-Stift aufsu-  
bis zum 27.  
m 31. Dezem-  
Uhr. Nach 23  
rch das St. Jo-  
che Notfall-  
31. Dezember  
rtagen von 10  
geöffnet.